

Die Kita wird für Basler Eltern aller Einkommensklassen günstiger – besonders aber für Gutverdienende. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

Eltern zahlen ab August 2024 weniger für die Kita

SP zieht Initiative zurück Der Grosse Rat beschliesst grosszügige Investitionen.

Basler Eltern dürfen sich freuen. Ab 1. August 2024 müssen sie weniger für die Kitas im Kanton bezahlen. Dies hat der Grosse Rat gestern mit überdeutlicher Mehrheit beschlossen. Ausschlaggebend für diesen Entscheid war die Gratis-Kita-Initiative der SP Basel-Stadt.

Momentan sind die Kosten in der Kinderbetreuung vor allem für gut verdienende Eltern in Basel-Stadt hoch. Eine Familie mit zwei Kindern, die diese fünf Tage die Woche in die Kita schickt, zahlt bis zu 5200 Franken monatlich. «Das sind Beträge, die auch für gut und sehr gut verdienende Eltern schwer finanzierbar sind», sagt Bildungsdirektor Conradin Cramer (LDP).

Ab August zahlen Eltern mit zwei Kindern in der Kita höchstens 3200 Franken monatlich. Wenn jemand die Kindertagesstätte nur an zwei Tagen die Woche beansprucht, zahlt er maximal 1280 Franken monatlich.

Es ist eine grosse Entlastung. Sie betrifft konkret Frauen und Männer, die gut ausgebildet sind, beispielsweise als Ärztinnen, Professoren oder Juristinnen arbeiten, und eine Familie haben. Die Regierung möchte einerseits, dass diese Personen – vereinfacht ausgedrückt – möglichst viel arbeiten. Andererseits will die Regierung, dass bildungsnahe Familien nicht im grossen Stil auf Betreuung durch Verwandte und Bekannte setzen.



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

Hohe Kita-Kosten würden den Anreiz setzen, weniger zu arbeiten oder auf eine kostengünstigere Betreuung im Privathaushalt zurückzugreifen – «und das sind genau die Anreize, die wir nicht wollen», so Cramer. «Denn wir wollen in der Kita die gesamte Gesellschaft abbilden.»

Durchmischung sei wichtig

So sieht das auch Franziska Roth, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission (BKK), die die Kita-Vorlage intensiv mit ihren Ratskollegen von links und rechts beraten hat. Eine gute Durchmischung in der Kita sei wichtig und dafür sei es unabdingbar, dass auch gut verdienende Eltern ihre Kinder fremdbetreuen liessen, sagt sie im Gespräch mit dieser Zeitung.

Auch tiefe und mittlere Einkommen, die bereits staatliche Zuschüsse erhalten, werden weiter entlastet. Eltern mit sehr wenig Geld sollen künftig statt mindestens 300 nur noch mindestens 150 Franken pro Vollzeitplatz und Monat zahlen müssen. Auch werden Familien mit vielen Kindern gezielt entlastet: Ab dem dritten Geschwisterkind trägt der Kanton sämtliche Kosten.

Die BKK hat die Vorlage der Regierung aber noch etwas grosszügiger ausgestaltet – insbesondere was die Arbeitsbedingungen fürs Kita-Personal betrifft. Unter anderem sollen diese künftig gleich viel verdienen wie Mitarbeitende von schulischen Tagesstrukturen. Denn das Personal-Problem in der Kinderbetreuung sei akut, so Roth. «Etliche Kitas überlegen sich einen Aufnahmestopp.»

Aus diesem Grund ist ihr und Cramer besonders wichtig, dass es jetzt schnell geht. Und aus diesem Grund verkündet SP-Grossrätin Melanie Nussbaumer aus dem Initiativkomitee kurze Zeit später am Rednerpult im Grossratssaal, die SP werde ihre Gratis-Kita-Initiative zurückziehen, wenn der Gegenvorschlag der BKK angenommen werde.

35 Millionen pro Jahr

Sie sei «zwar immer noch begeistert von der Initiative» und auch nach wie vor der Meinung, Kinderbetreuung gehöre zum Service public, so Nussbaumer. Der vor ihr gewollte «Paradigmenwechsel» finde nun nicht statt. Doch sei es der SP wichtig, diesen breit abgestützten Kompromiss mitzutragen. «Das ist gelebte Demokratie.» Ausserdem würden Eltern, Kinder und Kita-Mitarbeitende auch vom Gegenvorschlag stark profitieren.

Die Kita-Investitionen werden im Budget des Kantons mit rund 35 Millionen Franken pro Jahr zu Buche schlagen. Der Vorschlag der Regierung allein hätte rund 28 Millionen Franken gekostet. Eine Umsetzung der SP-Initiative hingegen wäre mit rund 125 Millionen Franken pro Jahr deutlich teurer gewesen.

Katrin Hauser